

Norbert Kleinwächter

(A) (Beifall bei der AfD)

Wissen Sie, Herr Kollege, wie das zustande kommt? Das liegt daran, dass Windenergie schlichtweg nicht profitabel ist.

(Bengt Bergt [SPD]: Quatsch!)

Jedes Kleinkind weiß das, wenn es mal versucht, mit einem Windspiel einen Fernseher zu betreiben. Das funktioniert nicht. Das funktioniert genauso wenig, wie mit Windkraftanlagen eine Industrienation mit Strom zu versorgen.

(Beifall bei der AfD)

Das Problem ist: Sie brauchen einen Investor, der überhaupt bereit ist, diese Windkraftanlagen zu betreiben. Der kann aber auch nur deswegen überleben, weil Sie massenhaft Steuergeld, das auf keine Kuhhaut geht, in diese Windkraft reinschieben.

(Andreas Bleck [AfD]: So ist es! – Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das denn bei den AKWs? – Bengt Bergt [SPD]: Jede Energieerzeugung wird steuerlich gefördert!)

Dieser Investor, der damit noch irgendwie Gewinn machen möchte, der muss natürlich auch die Windkraftanlagen günstig einkaufen. Genau da beißt sich die Katze in den Schwanz. Firmen wie Vestas, aber auch andere – wir haben zum Beispiel auch Eickhoff Wind Power – sind gar nicht mehr in der Lage, Windkraftanlagen marktfähig anzubieten, weil damit kein Gewinn zu erwirtschaften ist.

(B) Ihre planwirtschaftliche Haltung, die Sie haben, hat Sie dazu verführt, immer mehr ins EEG zu stecken; die Union war ja schon daran beteiligt. Ganze 4,536 Milliarden Euro EEG-Umlage – ursprünglich aus dem Strompreis, jetzt aus dem Bundeshaushalt – werden in die Windenergie reingeschoben. Wenn Sie das einmal umrechnen und sich klarmachen, dass ein durchschnittlicher deutscher Arbeitnehmer ein Bruttogehalt von 40 000 Euro im Jahr hat, dann schieben Sie das Jahresgehalt von 113 445 Arbeitnehmern

(Bengt Bergt [SPD]: Das ist schäbig! 120 000 Menschen arbeiten in der Windbranche!)

alleine in Ihr planwirtschaftliches Projekt Windkraft.

(Bengt Bergt [SPD]: 120 000 Menschen!)

Und trotzdem lohnt es sich noch nicht,

(Beifall bei der AfD – Bengt Bergt [SPD]: Eine Frechheit!)

weil die Windräder schlichtweg nicht funktionieren.

(Lachen des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

28 000 große Windkraftanlagen haben wir in Deutschland. Wir wissen gar nicht, wie viele rentabel sind. Die „NZZ“ hat es mal untersucht und herausgefunden, dass ein Viertel der untersuchten Windräder einen Kapazitätsfaktor von weniger als 20 Prozent hat.

(Bengt Bergt [SPD]: Das wurde aber widerlegt! Das waren Fake News!)

Nur 15 Prozent der Anlagen haben eine Auslastung von mehr als 30 Prozent.

(Bengt Bergt [SPD]: Das sind die Volllaststunden! Der Artikel wurde widerlegt!) (C)

Bei solchen Zahlen verwundert es absolut nicht, dass Windkraft marktwirtschaftlich einfach nicht funktioniert.

(Bengt Bergt [SPD]: Fake News!)

Deswegen darf ich an dieser Stelle den dringenden Appell der Marktwirtschaft an Sie richten. Arbeitnehmer werden nur dann gute Arbeitsbedingungen haben, werden nur dann gute Tariflöhne haben, wenn man tatsächlich mit dieser Arbeit auch etwas Vernünftiges erwirtschaften kann. Und das kann man mit Ihrer grünen Energiewende eben nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ihre grüne Energiewende ist purer Sozialismus! Wehret den Anfängen bei jedem Sozialismus, ob er unter der Fahne mit Hammer und Sichel daherkommt oder unter dem Sternenbanner oder unter einem Regenbogen. Sozialismus führt immer in den Abstieg, in die absolute Armut. Wir von der AfD stehen für die Freiheit.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir stehen für die soziale Marktwirtschaft, und damit stehen wir für wirtschaftlichen Aufschwung, Stabilität und gute Arbeitsbedingungen für alle in Deutschland.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau: (D)

Das Wort hat der Kollege Jens Beeck für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jens Beeck (FDP):

Hochverehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja mal ein interessanter Titel einer Aktuellen Stunde. Schon beim Namen fängt es an: „Energiewende braucht Tarifverträge ...“. Ich dachte, die Energiewende braucht Windkraftanlagen. Wenn sie Windkraftanlagen braucht, dann ist es doch gut, wenn sich einer der Weltmarktführer im Bereich Windkraft auch in Deutschland niederlässt und hier übrigens knapp 1 800 Arbeitsplätze schafft.

(Konstantin Kuhle [FDP]: So ist es!)

Dieser Arbeitgeber macht jetzt von seinem Recht Gebrauch, das durch Artikel 9 des Grundgesetzes geschützt ist, nämlich negative Koalitionsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Es muss sich niemand dafür rechtfertigen, davon Gebrauch zu machen. Erst recht sollte er deswegen nicht zum Gegenstand einer Debatte hier im Deutschen Bundestag werden; denn der Deutsche Bundestag verschreibt sich der Wahrung des Grundgesetzes. Es geht nicht darum, sie populistisch anzugreifen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Jens Bееk

- (A) Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Als Politik haben wir uns hier nicht einzumischen. Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, im Februar 2023 schreiben Sie in einer Pressemitteilung:

Dass Vestas sich weigert, mit der Gewerkschaft in Verhandlungen um einen Tarifvertrag zu treten, ist nicht hinnehmbar. Für eine erfolgreiche und sozial gerechte Energiewende brauchen wir geordnete und faire Arbeitsbedingungen. Mehr Windkraft gibt es nur mit Tarif!

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Alles richtig! – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sonst klappt sie nämlich nicht, die Energiewende!)

– Doch.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Nein!)

Zu Ihrer ersten These. Sie müssen das hinnehmen. Das ist nämlich der Ausdruck des Grundgesetzes, über den wir hier schon mehrfach gesprochen haben. Und dann fällt Ihre Mitteilung in eine ganz blöde Zeit, weil Sie mit dem zweiten Teil dieses Zitats versuchen, zu insinuieren, dass wir mehr Windkraftanlagen zu besseren Bedingungen dann bekommen, wenn Tarifbindung eintritt.

Jetzt haben wir fünf große Produzenten in Deutschland. Einer von diesen – wir wünschen allen diesen fünf Unternehmen jeden Erfolg und jede Unterstützung für unsere Energiewende – ist schon tarifgebunden und hat gestern Nacht berichtet, dass man unter dramatischen Schwierigkeiten in der eigenen Unternehmenskultur jetzt 1 Milliarde Euro für die Notwendigkeit zurücklegt, bereits ausgelieferte und produzierte Windkraftanlagen zu reparieren, dass man nicht mehr erwartet, in der nächsten Zeit ins Plus zu kommen. Der dorthin entsandte Sanierer erklärte, dass er das, was er gesagt habe, als er bei diesem Unternehmen angetreten sei – er sehe keine Schwierigkeiten, die er nicht in anderen Unternehmen auch schon gesehen habe –, heute nicht mehr wiederholen würde.

Also, Ihre erste These ist falsch und grundgesetzwidrig. Und Ihre zweite These, wenn Sie insinuieren wollen, mit Tarifvertrag würde automatisch immer alles besser, erweist sich gerade in der Lebenswirklichkeit als vollständiger Trugschluss, jedenfalls im Bereich der Windenergiebranche.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

– Schreien Sie ruhig noch ein bisschen, ich habe noch so viel Zeit. Sie können dagegen anschreien, wie Sie wollen. Das sind die Fakten – das konnten Sie jetzt nicht wissen;

(Leni Breymaier [SPD]: Was ziehen Sie daraus für Schlüsse?)

die Nachricht hat gestern Abend gerade das Licht der Öffentlichkeit erblickt –, die dem Ganzen noch mal einen interessanten Touch geben, ob Tarifbindung grundsätzlich richtig ist.

Wir haben nichts gegen die Tarifbindung.

(Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Diese Fortschrittskoalition hat sich auf die Stärkung der Tarifbindung verständigt; darin sind sich alle drei Partner einig. (C)

(Beifall des Abg. Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber sie ist keineswegs ein automatisches Instrument, mit dem alles besser wird. Im Bereich der Windkraftenergie kann man es gerade sehr gut nachvollziehen: Der einzig tarifgebundene Betrieb hat derzeit leider die allergrößten Probleme.

(Leni Breymaier [SPD]: Was für Verbindungen stellen Sie denn da her?)

Deswegen will ich schließen: Vertrauen Sie doch auf die Betriebsräte vor Ort. Vertrauen Sie doch auf die Kraft der Mitarbeitenden, dort eine Lösung zu finden, die für sie angemessen ist. Ich glaube, Sie werden dann die Chance haben, erfolgreicher zu sein als der einzige tarifgebundene Betrieb in diesem Bereich. Das hoffen wir jedenfalls alle.

Im Übrigen wünschen wir allen fünf Unternehmen, tarifgebunden oder nicht, die beste wirtschaftliche, wettbewerbliche Entwicklung und freuen uns auf ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende.

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Gewerkschafter in der Politik, IG-Metaller aus Kaiserslautern. Es ist sehr bemerkenswert, was die Beschäftigten von Vestas machen. Sie haben unsere große Solidarität. Wer weiß, was es persönlich bedeutet, in einen Erzwingungsstreik zu gehen, wer weiß, dass das auch viel Geld kostet, weil Streikgeld weit weg vom Einkommen ist, wer weiß, was das für ihre Familien bedeutet usw., der kann vielleicht ermessen, unter welchem Druck diese Beschäftigten stehen. Dass sie das schon über 100 Tage machen, hat unsere Solidarität, und wir wünschen ihnen den größtmöglichen Erfolg.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir als Linksfraktion sind dankbar, dass zumindest zwei weitere Fraktionen erkannt haben, dass das Thema, das wir heute in der Aktuellen Stunde behandeln, weit über das Unternehmen hinausgeht. Es hat eine große Bedeutung für die Energiewende, für die Windkraftbranche. Aber ich glaube, es hat auch generell eine große Bedeutung, wie in diesem Land die Transformation der Wirtschaft, der Gesellschaft funktionieren kann. Wir Linke sagen deutlich: Sie wird nur gelingen mit den Ar-